



18. Wahlperiode

Drucksache 18/5399

# HESSISCHER LANDTAG

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend statt Betreuungsgeld einführen – in frühkindliche Bildung investieren!**

### Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Kinder von guten frühkindlichen Bildungs- und Erziehungsangebote in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege profitieren. Eine frühe individuelle Förderung trägt erheblich dazu bei die Chancen auf eine gute Bildungskarriere zu erhöhen. Hochwertige frühkindliche Betreuung und Bildung sind der Schlüssel zu lebenslangem Bildungserfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Bereits in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für die Bildungszukunft von Kindern gestellt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Erziehungsleistungen in Familien nicht hoch genug geschätzt werden können. Doch gerade Kinder mit schlechten Startchancen profitieren von einer zusätzlichen Unterstützung durch frühkindliche Förderung und Bildung am meisten.
3. Der Landtag fordert deshalb in Zeiten knapper Kassen die Priorität der Familienpolitik auf den Ausbau der Infrastruktur für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu legen. Die geschätzten 1,6 bis 2,4 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld für Eltern, die ihr Kind zuhause betreuen wollen, jährlich kosten würde, müssen stattdessen für den dringend notwendigen Ausbau und die Qualität frühkindlicher Bildung investiert werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass das Betreuungsgeld, gerade für bildungsferne und zugleich einkommensschwache Eltern, einen starken Anreiz bietet, keine frühkindlichen Förderangebote für ihre Kinder zu nutzen. Sie werden sich stattdessen für die Auszahlung einer Geldleistung entscheiden. Diese Fehlanreize gilt es zu vermeiden.
5. Der Landtag spricht sich aus diesem Grund gegen die Einführung des Betreuungsgeldes aus und begrüßt, dass sich in der Regierungskoalition in Berlin die ablehnenden Stimmen gegen das Betreuungsgeld -insbesondere aus bildungspolitischen Gründen - mehren. Der Landtag weist zudem daraufhin, dass auch die EU Kommission die Einführung des Betreuungsgeldes kritisch betrachtet.

6. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für die Streichung der entsprechenden Vorschrift im SGB VIII einsetzt.

13.3.2012

Tarek Al-Wazir  
Der Fraktionsvorsitzende